

Forum Soziale Demokratie

Ursula Weidenfeld

Fairer Ausgleich zwischen den Generationen

Die »Rente mit 67« reagiert auf den Bevölkerungswandel

Kaum dass die Konjunktur wieder anzieht, verlangt man in Kreisen der SPD, die beschlossene »Rente mit 67« möge wieder zur Disposition gestellt werden. Doch die Entscheidung war nur eine neben anderen, um dem demografischen Wandel zu begegnen und künftige Altersarmut durch mehr private Vorsorge zu verhindern. Die Sozialexpertin des TAGESSPIEGEL sieht in der »Rente mit 67« nichts Anderes als einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen.

Die »Rente mit 67« wurde beschlossen, um das Rentenversicherungssystem langfristig zu stabilisieren und gegen die dramatischen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur dieses Landes zu wappnen. Die Abstimmung dazu wurde von breiten Kreisen der SPD im Bundestag positiv beschieden. Die Entscheidung zur »Rente mit 67« wird gegenwärtig von Teilen der Sozialdemokraten zur Disposition gestellt, um möglicherweise in zwei Jahren eine Bundestagswahl gewinnen zu können. Die Argumentation zu dem Thema geht so: Seitdem sich die Wirtschaft in Deutschland erholt und vom weltweiten Aufschwung profitiert, hat sich die Lage der Rentenversicherung deutlich entspannt. Deshalb ist es möglicherweise nicht nötig, das Renteneintrittsalter heraufzusetzen. Deshalb sollte die Überprüfungsklausel für den Beschluss im Jahr 2010 ernst genommen werden.

Das Problem: Um die Konjunktur, die akute Lage der Rentenkasse und um die

aktuelle wirtschaftliche Entwicklung geht es bei der »Rente mit 67« nicht. Die Entscheidung, die Arbeiter und Angestellten des Landes schrittweise erst ab einem Alter von 67 Jahren abschlagfrei in den Ruhestand zu entlassen, ist von Anfang an nur ein Baustein neben Anderen gewesen, um dem Bevölkerungswandel zu begegnen. Es ging sowohl der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder und Joschka Fischer als auch der schwarz-roten Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel und Franz Müntefering darum, künftige Altersarmut durch mehr private Vorsorge zu verhindern: Im Wesentlichen ist das die Einführung der Riester-Rente als staatlich geförderte, kapitalgedeckte, private Rente. Der Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenformel, der die Lasten des demografischen Wandels fair zwischen den Generationen verteilen soll, kam dazu, um auch die aktuelle Rentnergeneration am Umbau des Systems zu beteiligen. So

fügt sich die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit in ein Bündel von Maßnahmen, die allesamt die beitragsfinanzierte solidarische Rentenversicherung zukunftssicher machen sollen.

Zukunftssicher aber wird die Rentenversicherung nur dann tatsächlich, wenn die meisten Menschen das Gefühl haben, über alle konjunkturellen Hochs und Tiefs hinweg in ein einigermaßen gerechtes System einzubezahlen. Dieser Grundkonsens hat in den vergangenen Jahren empfindlich gelitten, der Generationenvertrag ist brüchig geworden: So wehren sich die Jungen zunehmend dagegen, in absehbarer Zeit immer mehr Rentner finanzieren zu müssen, ohne selbst sicher sein zu können, dass auch sie noch eine positive Rendite aus der staatlich organisierten Rentenversicherung bekommen werden. Die mittlere Generation empfindet sich ebenfalls zu Unrecht doppelt belastet: Sie habe nicht mehr genügend Zeit, um selbst privat in ausreichendem Maß für das Alter vorsorgen zu können. Andererseits schultere sie schon jetzt Lasten für die heutige Rentnergeneration, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu dem stehen, was sie selbst aus dem System erwarten könne. Die Rentner schließlich sind ebenfalls unzufrieden. Sie seien die letzte Generation, die beide Teile des Generationenvertrags erfüllt habe: Die heutigen Rentner haben schließlich gearbeitet und Rentenansprüche aufgebaut, und dazu noch die Kinder bekommen, die das umlagefinanzierte System heute füttern. Es gebe also überhaupt keinen Grund, an einer Verzichtsdebatte teilzunehmen, die die aktuelle Rentnergeneration betreffe.

Das sind, zugegebenermaßen überspitzt, die Argumente aller Generationen gegen die staatliche Rentenversicherung. Und das sind auch die Argumente, die gegen jede Verschlechterung des *Status quo* ins Feld geführt werden. Dazu kommen die gewichtigen Einsprüche von Arbeit-

nehmerorganisationen und Gewerkschaften, die sagen, dass es vielen Arbeitnehmern nicht zuzumuten sei, bis 67 zu arbeiten, weil sie gesundheitlich nicht in der Lage seien, eine längere Lebensarbeitszeit zu bewältigen. Ganz abgesehen mal davon, dass es für Ältere gar nicht ausreichend Arbeitsplätze gebe, um diese Neuregelung mit Leben zu füllen. Im Kern gehe es also hier nicht um eine längere Arbeitszeit, sondern um dramatische Rentenabschläge für die heute Aktiven. Die würden, so die Argumentation, durch diese Abschläge zum großen Teil auf das Grundsicherungsniveau gedrückt. Den heute Erwerbstätigen gehe so der Bezug zwischen dem eigenen Einkommen und dem Rentenanspruch komplett verloren: Ob sie eingezahlt haben oder nicht, werde zunehmend irrelevant, da die Rente kaum noch über der Grundsicherung liege, wenn der Arbeitnehmer nicht bis 67 durchhalte. Zwar ist es im Augenblick tatsächlich so, dass viele Arbeitnehmer nicht die Chance bekommen, länger zu arbeiten. Doch zeigt sich, dass gerade hier die Konjunktur doch eine Rolle spielt: Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung steigt das Renteneintrittsalter schon jetzt deutlich an.

Doch geht es bei der »Rente mit 67« in der Tat nur mittelbar um die Frage, wie lange jemand tatsächlich arbeitet. Solange die Rentenabschläge, die er für einen früheren Renteneintritt in Kauf nimmt, tatsächlich realistisch sind, verhält sich die Rentenversicherung einigermaßen neutral. Die Abschläge werden allerdings schon dazu führen, dass sich das Rentenniveau nach unten angleicht: Wer verhindern will, dass immer mehr Menschen im Alter nur noch auf dem Niveau der Grundsicherung versorgt werden, muss etwas tun: noch mehr Steuergeld für das Rentensystem mobilisieren, denn über die Beiträge wird es kaum noch finanziert werden können. Schon heute wird mehr als ein Viertel der Finanzen

der Rentenversicherung von der Staatskasse bestritten.

Die Altersrente unterscheidet auch nicht zwischen Rentenbeiträgen, die aufgrund anstrengender körperlicher Arbeit erwirtschaftet wurden, und solchen, die in einem klimatisierten Büro entstanden: Das Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung sagt, dass gleiche Einzahlungen gleich behandelt werden – und dass sie am Ende zu vergleichbaren Renten führen müssen. Insofern ist das Argument, es stünden nicht genügend Arbeitsplätze für Ältere zur Verfügung, zwar gewichtig, aber für die Diskussion um eine gerechte Rente nicht relevant. Abgesehen davon, dass es nicht zu stimmen scheint: Schon heute zeigt sich, dass in den vergangenen Jahren die Erwerbsbeteiligung Älterer deutlich angestiegen ist. Heute gehen Frauen durchschnittlich mit rund 62 Jahren in den Ruhestand, Männer mit rund 61 Jahren: das hat es seit Mitte der achtziger Jahre nicht mehr gegeben – und es ist ein Zeichen dafür, dass Ältere ganz offensichtlich sehr wohl länger beschäftigt bleiben, wenn die Vorruhestandsregelungen nicht mehr attraktiv genug gestaltet sind, um vorzeitig zu gehen.

Die vergangenen Reformen in der Rentenversicherung, von denen das Anheben des Renteneintrittsalters nur der letzte Schritt war, waren und sind notwendig. Auch wenn sich jetzt die Lage der Sozialkassen nahezu stündlich aufhellt, und die ersten Stimmen laut werden, die den Überprüfungstermin im Jahr 2010 gleich zum Kassationsdatum für diese Reform machen wollen: Die Krise der Sozialversicherungen war in der Vergangenheit zwar zum überwiegenden Teil konjunkturell bedingt, die kommenden Herausforderungen aber

betreffen die strukturellen Probleme des demografischen Wandels. Die bestehen einerseits darin, dass der Nachwuchs für das System fehlt, und andererseits darin, dass die Rentenbezugsdauer sich permanent verlängert. Wer sieht, dass Frauen nach dem Wechsel in den Ruhestand mittlerweile fast 19 Jahre lang Rente beziehen, Männer immerhin deutlich über 15 Jahre, wird die Auffassung teilen müssen, dass dieser erfreuliche Zuwachs in der Lebenserwartung (der nach Ansicht von Bevölkerungsexperten weiter anhalten wird) rententechnisch auch von denen mitfinanziert werden sollte, die das Glück haben, das hohe Alter zu erreichen. Heute gehen Männer mit durchschnittlich etwa 40 Beitragsjahren in den Ruhestand. Bei Frauen ist die Beitragszeit deutlich niedriger. Das muss sich ändern, wenn die gesetzliche Rentenversicherung nicht in absehbarer Zeit von einer massiven Fluchtbewegung der Jungen erfasst werden soll.

Wenn die erste Generation im Jahr 2027 tatsächlich erst mit 67 Jahren verrentet wird, hat die Lebenserwartung weiter zugenommen. Ein heute geborener Junge kann damit rechnen, deutlich über 76 Jahre alt zu werden, ein heute geborenes Mädchen wird in Deutschland im Schnitt fast 82 Jahre alt. Ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren bezeichnet vor diesem Hintergrund nichts Anderes als einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen.



Ursula Weidenfeld (*1962)
ist seit Oktober 2001 Leiterin des
Ressorts Wirtschaft sowie Leitende
Redakteurin beim TAGESSPIEGEL.
ursula.weidenfeld@tagesspiegel.de